

DIE LINKE. Thüringen

Beschluss des Landesvorstandes zur Sitzung am 20.3.2015

Zum weiteren Umgang mit den geschichtspolitischen Debatten im Landesverbandes DIE LINKE. Thüringen beschließt der Landesvorstand:

1. Für die weitere geschichtspolitische Debatte im Landesverband wird ein konzeptioneller Ansatz erarbeitet.
2. Der Landesvorstand bittet die AG Geschichte und die AG Politische Bildung zu einzelnen Themenkomplexen die entsprechenden geschichtspolitischen Debattenstände aufzubereiten und in die politische Bildungsarbeit mit einzubeziehen.
3. Der Geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, diese Arbeit koordinierend und unterstützend zu begleiten.

Begründung

Die geschichtspolitischen Debatten im Umfeld der Rot-Rot-Grünen Regierungsbildung in Thüringen haben sowohl die Notwendigkeit der weiteren Beschäftigung mit der Geschichte der DDR als auch neue Herausforderungen, Problemstellungen und Chancen für unsere Partei aufgezeigt. Der Landesvorstand sieht sich deshalb in der Verantwortung, die diesbezüglichen Diskussionen kontinuierlich in der Partei weiter zu führen und bittet alle interessierten Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, sich mit ihren Überlegungen und Vorschlägen in die Debatten einzubringen.

Als Landesverband in Regierungsverantwortung nehmen wir damit auch unsere geschichtspolitische Verantwortung in und gegenüber der Bundespartei wahr. Der Rahmen und die Aufgaben für unser Regierungshandeln sind durch die Erklärung "Die Würde des Menschen ist unantastbar" und den Koalitionsvertrag festgelegt.

Für die Weiterführung unserer innerparteilichen Debatten brauchen wir eine vertiefte Diskussion zum Problem des staatlichen Unrechts in der DDR, das von unserer Vorgängerpartei SED verantwortet wurde.